

28. Studierendenparlament
4. Sitzung am 10.12.2020
Gemeinsame Neufassung des Antrags zum
Tagesordnungspunkt 4.12 „Deutsche Wohnen & Co.
enteignen“ der Listen Die Linke.SDS und der Juso-
Hochschulgruppe



Antragsgegenstand:

Unterstützung des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“

Beschlussentwurf:

1. Das Studierendenparlament beschließt:

Die Verfasste Studierendenschaft unterstützt das Volksbegehren bzw. den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“.

Die Wohnraum-Krise ist eine der drängendsten Fragen für Studierende. Indem das Studierendenwerk Berlin nur Wohnheimplätze für etwa sechs Prozent der Berliner Studierenden bereithält, sind nahezu alle Studierenden darauf angewiesen, sich auf dem regulären Wohnungsmarkt in Berlin eine Wohnung zu suchen. In den vergangenen Jahren sind die Mietpreise dabei erheblich gestiegen. Erst durch das MietenWoG („Mietendeckel“) konnte gegen den rasanten Anstieg der Mietpreise Abhilfe geschafft werden – doch dieses ist nur auf fünf Jahre befristet. Unklar ist zudem noch, ob die Landeskompetenz für das MietenWoG vom BVerfG bestätigt wird. Demgegenüber drohen auch für Berlin die Horrorpreise für studentischen Wohnraum, die bspw. Münchner Studierende bereits zahlen müssen: 800 Euro für ein 10 m²-WG-Zimmer ist dabei keine Seltenheit. 2018 kostete ein WG-Zimmer dabei in zehn Städten im Durchschnitt mehr als 400 Euro; nur in einer von 63 Städten reichte die BAföG-Wohnpauschale für die Miete.¹

Das BAföG sieht dabei nur 325 Euro in der Wohnpauschale vor – die Realität ist daher, dass Studierende das Geld für die Miete von den ansonsten auch zu knapp bemessenen Lebenshaltungskosten im BAföG abziehen müssen. Durch enge Vorgaben ist es überhaupt immer weniger Studierenden möglich, BAföG zu beziehen – zum Bezug von BAföG bzw. ALG II nicht-berechtigte Studierende stehen insoweit ebenfalls vor dem großen Problem der Wohnungsfinanzierung.

- Die Verfasste Studierendenschaft der HU fordert daher die Anpassung des Wohngeldes im BAföG an die tatsächlichen Wohnungskosten.

¹ Wo kostet ein WG-Zimmer aktuell wieviel?, Studis Online v. 27.6.2019, <https://www.studis-online.de/studienkosten/wg-zimmer-mietspiegel.php> (abgerufen am 1.12.2020).

Allerdings ist es nur eine kurzfristige Lösung, lediglich die Wohnpauschale zu erhöhen, und so faktisch die profitorientierten Wohnungskonzerne zu subventionieren. Langfristig müssen daher im Interesse der Studierenden durch staatliche Maßnahmen die Mietpreise insgesamt gesenkt werden. Aus Sicht der Verfassten Studierendenschaft der HU führt daher unter Berücksichtigung auch des Mietendeckels (s. o.) kein Weg an der Sozialisierung von Wohnraum vorbei. Durch den voraussichtlich 2021 zur Abstimmung stehenden Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ könnte erstmals nach dem Sozialisierungsartikel des Grundgesetzes flächendeckend Wohnraum sozialisiert werden.

- Die Verfasste Studierendenschaft der HU unterstützt daher das Volksbegehren bzw. den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ und ruft alle Studierenden der HU zur Stimmabgabe für die Annahme des Volksbegehrens und für die Annahme des Volksentscheids auf. Die Verfasste Studierendenschaft der HU fordert unabhängig von der Annahme des Volksbegehrens auch den Senat von Berlin auf, einen Gesetzentwurf zur Sozialisierung von Wohnraum in Berlin zu erarbeiten und im Abgeordnetenhaus von Berlin einzubringen.

Um das Volksbegehren bzw. den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ bzw. die Kampagne zudem bei dessen Arbeit zu unterstützen, hat sich ein hochschulübergreifendes Aktionsbündnis gegründet. Das Bündnis soll insbesondere zum Aufbau einer Sammelstruktur an der Universität führen und durch Aktionen, Informations- und Bildungsformate versuchen, das Thema der Wohnungsnot und Lösungsansätze wieder stärker in den politischen Diskurs an der Universität zu platzieren.

- Die Verfasste Studierendenschaft der HU unterstützt das hochschulübergreifende Aktionsbündnis und ruft alle interessierten Studierenden auf, sich an dem Bündnis zu beteiligen.

2. Umsetzung:

Der RefRat wird beauftragt, eine Pressemitteilung zur Unterstützung des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ durch die Verfasste Studierendenschaft der HU herauszugeben, und, soweit das technisch möglich ist, in einer E-Mail an alle Studierende der HU zur Stimmabgabe für die Annahme des Volksbegehrens aufzurufen.

Der RefRat wird außerdem beauftragt, im Rahmen seiner Möglichkeit und Kompetenzen, Mittel für die Bewerbung und Umsetzung der Bündnisarbeit an der Universität bereitzustellen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Haushaltsmäßige Auswirkungen:

keine

Kontakt:

Für Änderungswünsche am Beschlussentwurf werden die Listen, StuPa-Mitglieder und Interessierte gebeten, sich frühzeitig an stupa@hu.juso-hsg-berlin.de zu wenden.